erichwolf

Beratung auf den Punkt gebracht

Prof. Mag. Erich Wolf
Erich WOLF Wirtschaftsprüfungs Gesellschaft m.b.H.
Invalidenstraße 6/6. OG
A-1030 Wien
Mobil: +43 676 5341247
Email: office@steuerwolf.at

Bericht
über die
Prüfung des Jahresabschlusses

der
Rocksolid Estate Aktiengesellschaft

zum 31.12.2024

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

   3.1 Feststellung zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht
   3.2 Erteilte Auskünfte
   3.3 Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bestätigungsvermerk

<u>Beilagenverzeichnis:</u>

Jahresabschluss I
Anhang II
Allgemeine Auftragsbedingen (AAB 2018) III

Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

An die Mitglieder des Vorstands
der Rocksolid Estate Aktiengesellschaft

Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Der Prüfungsvertrag mit der geprüften Gesellschaft wurde am 30.12.2024 mit unserer Kanzlei geschlossen. Die Gesellschaft, vertreten durch die Geschäftsführung, schloss mit uns einen **Prüfungsvertrag**, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht gemäß den §§ 269 ff UGB zu prüfen. Dem Prüfungsvertrag liegt der Beschluss der Hauptversammlung zu Grunde, mit welchemq wir zum Wirtschaftsprüfer bestellt wurden.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine kleine Gesellschaft iSd § 221 UGB.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **Pflichtprüfung** auf Grund der Rechtsform einer **Aktiengesellschaft**.

Diese **Prüfung erstreckte sich darauf**, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und die **berufsüblichen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem Rechnungslegungs- und internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche Fehldarstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Wir führten die Prüfung im August 2025 bis zum Datum der Erstellung dieses Prüfungsberichtes überwiegend in den Räumen der Gesellschaft in Wien und in unseren Kanzleiräumlichkeiten durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichts materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Wirtschaftsprüfer Prof. Mag. Erich Wolf, Steuerberater/Universitätslektor, **verantwortlich**.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder herausgegebenen "Allgemeinen **Auftragsbedingungen** für Wirtschaftstreuhandberufe" 2018 einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung, sofern nicht die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe 2018 davon abweichen.

Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses und im Lagebericht enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben der Geschäftsführung im Anhang des Jahresabschlusses.

Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger **Buchführung** fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir - soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten - die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des **Jahresabschlusses** verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

Der **Lagebericht** entspricht nach unserer abschließenden Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften.

Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen Vertretern unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Im Rahmen unserer Schlussbesprechung haben wir der Geschäftsführung Vorschläge betreffend Verbesserungspotenziale des Internen-Kontroll-Systems unterbreitet.

Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Rocksolid Estate Aktiengesellschaft**,** bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2024 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr vom 1.1.2024 bis 31.12.2024 in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften. Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, halten wir ergänzend fest, dass die Verluste im Berichtsjahr – wie auch in den Vorjahren - vor allem durch Gründungs-, Beratungs- und Anlaufkosten (Marketingkosten) für die geplanten Immobilien- und Beteiligungsgeschäfte entstanden sind. Wir halten zudem ergänzend fest, dass wir keine Umstände oder Hinweise identifizieren konnten, wonach die Fortführungsfähigkeit der Gesellschaft nicht gesichert wäre. Als Indiz für die Fortführungsfähigkeit der Gesellschaft liegen uns vor allem auch Nachrangigkeits- und Patronatserklärungen der Gesellschafter vor.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – wofern einschlägig – anzugeben, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.

- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wien, 21. August 2025



Erich WOLF Wirtschaftsprüfungs Gesellschaft m.b.H.
Prof Mag. Erich Wolf
Wirtschaftsprüfer

J A H R E S A B S C H L U S S

31. Dezember 2024
und
Erstellungsbericht

Rocksolid Estate Aktiengesellschaft

Opernring 1/R/345
1010 Wien

HG Wien
FN 593266a

TPA Steuerberatung GmbH
Ein unabhängiges Mitglied der Baker Tilly Europe Alliance

Inhaltsverzeichnis

1. Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 1

2. Rechtliche Verhältnisse 2

3. Steuerliche Verhältnisse 6

4. Bilanz 7

5. Gewinn- und Verlustrechnung 8

6. detaillierte Bilanz 9

7. detaillierte Gewinn- und Verlustrechnung 11

8. Anhang 13
   8.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 13
      8.1.1. Allgemeine Grundsätze 13
      8.1.2. Anlagevermögen 13
         8.1.2.1. Immaterielles Anlagevermögen 13
      8.1.3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 13
      8.1.4. Rückstellungen 13
         8.1.4.1. Sonstige Rückstellungen 13
      8.1.5. Verbindlichkeiten 14
      8.1.6. Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 14
   8.2. Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung 14
      8.2.1. Erläuterungen zur Bilanz 14
         8.2.1.1. Anlagevermögen 14
         8.2.1.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 14
         8.2.1.3. Genussrechte 14
         8.2.1.4. Verbindlichkeiten 15
   8.3. Sonstige Angaben 16

9. Anlagenspiegel 17

Beilagen

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB) 2018 I

1. Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024

An die Mitglieder der Geschäftsführung der

Rocksolid Estate Aktiengesellschaft
Opernring 1/R/345
1010 Wien

Hiermit erstatten wir, TPA Steuerberatung GmbH, den folgenden Bericht:
Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss der Rocksolid Estate Aktiengesellschaft zum 31.12.2024 - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang einschließlich Anlagenspiegel - auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie Ihrer Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt. Der dem Jahresabschluss beigefügte Lagebericht wurde von Ihnen unter unserer beratenden Mitwirkung erstellt.

Grundlage für die Erstellung des Abschlusses waren die von uns durchgeführten Tätigkeiten (Buchhaltung, Anlagenverzeichnis und die uns darüber hinaus vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht auf Ordnungsmäßigkeit oder Plausibilität geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte). Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach dem Unternehmensgesetzbuch UGB und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in Ihrer Verantwortung.

Wir haben weder eine Abschlussprüfung noch eine prüferische Durchsicht des Abschlusses noch eine sonstige Prüfung oder vereinbarte Untersuchungshandlungen vorgenommen und geben demzufolge keine Zusicherung (Bestätigung) zum Abschluss.

Sie sind sowohl für die Richtigkeit als auch für die Vollständigkeit der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und Auskünfte verantwortlich, auch gegenüber den Nutzern des von uns erstellten Abschlusses. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die auf unser Verlangen von Ihnen unterschriebene Vollständigkeitserklärung.

Der Erstellungsauftrag wurde unter Beachtung des Fachgutachtens der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer KFS/RL 26 „Grundsätze für die Erstellung von Abschlüssen“ durchgeführt. Für den Erstellungsauftrag gelten die Allgemeinen Auftragsbedingungen (AAB) für Wirtschaftstreuhandberufe der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (KSW) in der jeweils letztgültigen Fassung (die Sie auf unserer Homepage und auf der Homepage der KSW jederzeit einsehen können), sowie die Bestimmungen des Anbotes.

Eine Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte darf – soweit gesetzlich nichts Abweichendes vorgeschrieben ist - nur unter Beigabe dieses Erstellungsberichts erfolgen. Im Falle der Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte gelten die in Punkt 7 der AAB für Wirtschaftstreuhandberufe der KSW enthaltenen Ausführungen zur Haftung sowie die im Angebot enthaltenen Bestimmungen zur Haftung auch gegenüber Dritten.

2. Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Rocksolid Estate Aktiengesellschaft
Errichtung/ Gründung:	Abschluss der Satzung am 19. Oktober 2022 Hauptversammlungsbeschluss vom 24.05.2023 und vom 16.06.2023 Änderung der Satzung in § 26.
Rechtsform:	Aktiengesellschaft
Firmenbuch:	HG Wien, FN 593266a letzter Abruf vom 18. Juni 2025
Sitz:	Wien
Geschäftsanschrift:	1010 Wien, Opernring 1/R/345
Geschäftsjahr:	1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024

Unternehmensgegenstand: Der Gegenstand der Gesellschaft ist laut Satzung

2.1 Gegenstand des Unternehmens ist:

2.1.1 Erwerb, Entwicklung, Besitz, Verwaltung, Vermietung (und Verpachtung) und Verkauf und Verwertung von Immobilien (einschließlich Superädifikaten und Baurechten), insbesondere im Bereich Wohnimmobilien, Gewerbeimmobilien, Freizeitimmobilien und touristisch und gastronomisch nutzbare Immobilien;

2.1.2 Immobilienentwicklung, Planung und Realisierung von Bau- und Immobilienprojekten aller Art, insbesondere im Bereich Wohnimmobilien, Gewerbeimmobilien, Freizeitimmobilien und touristisch und gastronomisch nutzbare Immobilien;

2.1.3 Operativer Betrieb von Immobilien, insbesondere Wohnimmobilien, Gewerbeimmobilien, Freizeitimmobilien und touristisch und gastronomisch nutzbare Immobilien;

Rechtliche Verhältnisse

2.1.4 Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Verwaltung und den Betrieb von Immobilien; sowie

2.1.5 die Beteiligung an und der Erwerb von Unternehmungen und Gesellschaften im In- und Ausland, gleichgültig in welcher Gesellschaftsform, und deren Geschäftsführung und Vertretung sowie das Führen und Verwalten solcher Beteiligungen.

2.2 Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen.

2.3 Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen im In- und Ausland errichten und unterhalten.

2.4 Die Gesellschaft ist weiters zu allen Handlungen, Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich sein können. Bankgeschäften im Sinne des Bankwesengesetzes sind von der Tätigkeit der Gesellschaft ausgenommen.

2.5 Die mittel- und langfristige Zielsetzung der Gesellschaft ist der Aufbau eines Immobilienportfolios durch den Ankauf und der Projektierung von Liegenschaften.

Grundkapital:

4.1 Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 80.000 (Euro achtzigtausend).

4.2 Das Grundkapital ist in 80.000 (achtzigtausend) Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von je EUR 1 (Euro eins) eingeteilt.

4.3 Die Aktien lauten auf Namen

4.4 Die Aktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar. Über die Zustimmung entscheidet die Hauptversammlung.

Gesellschafter:

zum 31. Dezember 2024 stellt sich die Gesellschafterstruktur wie folgt dar:

Name	Anteil in EUR	Anteil in %
ARNEZEDER GmbH	20.000,00	25
BW Invest GmbH	20.000,00	25
Immobilien & Vermögen Anlage GmbH	20.000,00	25
Ops Consivia AG, Schweiz (Confoederatio Helvetica)	20.000,00	25
	80.000,00	100

Rechtliche Verhältnisse

Organe: Vorstand
Aufsichtsrat
Hauptversammlung

Vorstand:

8.1 Der Aufsichtsrat kann die Verteilung der Geschäfte im Vorstand bestimmen und eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlassen, in welcher die zustimmungspflichtigen Geschäftsführungsmaßnahmen näher zu bezeichnen sind. Ferner kann der Aufsichtsrat die Betragsgrenze für die in § 95 Abs. 5 AktG genannten Geschäfte festlegen und Geschäfte bestimmen, die zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Fällen seiner Zustimmung bedürfen. Der Vorstand hat bei der Geschäftsführung die Vorschriften des Gesetzes, die Satzung sowie die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung zu beachten.

8.2 Der Vorstand ist der Gesellschaft gegenüber verpflichtet, jene Beschränkungen einzuhalten, die entweder die Satzung oder der Aufsichtsrat für den Umfang seiner Geschäftsführungsbefugnis festgesetzt haben oder die sich aus einem Beschluss der Hauptversammlung gemäß § 103 AktG ergeben.

8.3 Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Ist ein Vorsitzender des Vorstandes bestellt, gibt bei Stimmengleichheit seine Stimme den Ausschlag.

Im Geschäftsjahr waren folgende Personen als Vorstand bestellt:

Name	seit	Vertretungsbefugnis
Sebastian Arnezeder	25.11.2022	kollektiv
Bernhard Wurdinger	25.11.2022	kollektiv

Vertretung der Gesellschaft:

7.1 Die Gesellschaft wird, wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch di ese selbständig vertreten. Wenn der Vorstand aus mehreren Personen zusammengesetzt ist, wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

7.2 Der Aufsichtsrat kann, wenn zwei oder mehr Vorstandsmitglieder bestellt sind, auch einzelnen von ihnen Einzelvertretungsbefugnis erteilen und diese auch entziehen.

7.3 Jedes Mitglied des Vorstandes kann seine Funktion auch ohne wichtigen Grund unter Einhaltung einer Frist von einer Woche niederlegen. Eine derartige Erklärung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates zu richten; sollte er verhindert sein, ist die Erklärung an seinen Stellvertreter zu richten.

Rechtliche Verhältnisse

Aufsichtsrat: Gemäß Abschnitt 11 der Satzung besteht der Aufsichtsrat aus mindestens drei und höchstens acht Personen von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern. Während des Geschäftsjahres setzte sich der Aufsichtsrat wie folgt zusammen:

Name	von
Bernhard Koch	25.11.2022
Armin Reiter MSc	25.11.2022
Mag. Christian Sommer	25.11.2022

Hauptversammlung: 18.1 Die Hauptversammlung wird entsprechend den gesetzlichen Vorschriften durch den Vorstand oder durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates aufgrund eines Beschlusses des Vorstandes oder des Aufsichtsrates unbeschadet der gesetzlichen Minderheitsrechte einberufen.

18.2 Die Hauptversammlung wird am Sitz der Gesellschaft, einer ihrer inländischen Zweigniederlassungen, in einer österreichischen Landeshauptstadt oder-mit Zustimmung aller Aktionäre und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen - virtuell abgehalten. Die Verhandlungssprache ist Deutsch.

18.3 Solange die Aktionäre der Gesellschaft namentlich bekannt sind, kann die Hauptversammlung mit eingeschriebenem Brief an die der Gesellschaft bekannt gegebene Adsesse jedes Aktionärs einberufen werden.

18.4 Auch ohne Einhaltung der für die Einberufung einer Hauptversammlung geltenden Form- und Fristvorschriften kann eine Hauptversammlung abgehalten werden und Beschlüsse fassen, wenn sämtliche Aktionäre oder deren Vertreter sich damit einverstanden erklärt haben und daran teilnehmen.

18.5 Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind nur die Aktionäre berechtigt, die zu Beginn der Versammlung in das Aktienbuch der Gesellschaft als Aktionäre eingetragen sind.

Offenlegung: Aufgrund der Größenklassifizierung des § 221 UGB gilt die Gesellschaft als kleine Kapitalgesellschaft.

Kleine Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben nur die Bilanz und den gemäß § 278 (1) UGB gekürzten Anhang beim Firmenbuchgericht einzureichen bzw. die Formblattverordnung anzuwenden.

3. Steuerliche Verhältnisse

Betriebsfinanzamt:	Finanzamt Österreich
Steuernummer:	09 405/9755
Steuerliche Vertretung:	TPA Steuerberatung GmbH Wiedner Gürtel 13/24, 1100 Wien
Veranlagungen:	Mit Bescheid vom 25. Juni 2024 wurde die Körperschaftsteuer für das Jahr 2023 erfklärungsgemäß und endgültig veranlagt. Mit Bescheid vom 25. Juni 2024 wurde die Umsatzsteuer für das Jahr 2023 erfklärungsgemäß und endgültig veranlagt.
Rechtsmittel:	Zum Bilanzstichtag waren keine Rechtsmittel anhängig.
Abgabenprüfungen:	Im Geschäftsjahr fand keine abgabenrechtliche Prüfung betreffend die Steuern vom Einkommen sowie der Umsatzsteuer statt.

Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA	31.12.2024 EUR	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Lizenzen	19.998,58		18.363,18
2. geleistete Anzahlungen	3.612,25		0,00
		23.610,83	**18.363,18**
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände		38.957,83	16.241,46
II. Guthaben bei Kreditinstituten		1.432,25	13.847,52
		40.390,08	**30.088,98**
SUMME AKTIVA		**64.000,91**	**48.452,16**

PASSIVA	31.12.2024 EUR	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. eingefordertes Grundkapital		80.000,00	80.000,00
übernommenes Grundkapital		80.000,00	80.000,00
einbezahltes Grundkapital		80.000,00	80.000,00
II. Genussrechtskapital		11.599,81	11.187,50
nominelles Genussrechtskapital		1.000.000,00	1.000.000,00
nicht eingeforderte nominelles Genussrechtskapital		-988.400,19	-988.812,50
III. Ergebnisanteil Genussrechtsinhaber		-15.439,05	-7.779,00
IV. Bilanzverlust		-55.489,94	-43.370,01
davon Verlustvortrag		-43.370,01	-17.972,14
		20.670,82	**40.038,49**
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. sonstige Rückstellungen		**9.730,00**	**7.200,00**
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.582,50		1.183,67
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	30.582,50		1.183,67
2. sonstige Verbindlichkeiten	3.017,59		30,00
davon aus Steuern	101,36		0,00
davon gegenüber Gesellschaftern	486,23		0,00
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	3.017,59		30,00
		33.600,09	**1.213,67**
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		33.600,09	1.213,67
SUMME PASSIVA		**64.000,91**	**48.452,16**

.....
Geschäftsführer

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR	2023 EUR
1. Umsatzerlöse	1.666,67	0,00
2. sonstige betriebliche Erträge	50.975,00	0,00
3. Abschreibungen		
a. auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens	5.400,16	3.250,36
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	104.340,18	120.238,98
5. ZWISCHENSUMME AUS Z 1 BIS 4 (BETRIEBSERGEBNIS)	**-57.098,67**	**-123.489,34**
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,03
7. ZWISCHENSUMME AUS Z 6 BIS 6 (FINANZERGEBNIS)	**0,00**	**-0,03**
8. ERGEBNIS VOR STEUERN (SUMME AUS Z 5 UND Z 7)	**-57.098,67**	**-123.489,37**
9. Steuern vom Einkommen	3.500,00	3.500,00
10. ERGEBNIS NACH STEUERN	**-60.598,67**	**-126.989,37**
11. JAHRESFEHLBETRAG	**-60.598,67**	**-126.989,37**
12. Auflösung von Kapitalrücklagen	40.818,69	93.812,50
13. Ergebnisanteil Genussrechtsinhaber	7.660,05	7.779,00
14. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-43.370,01	-17.972,14
15. BILANZVERLUST	**-55.489,94**	**-43.370,01**

.....

Geschäftsführer

detaillierte Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Lizenzen		
111 Lizenzen	4.950,00	6.930,00
112 Homepage	15.048,58	11.433,18
	19.998,58	18.363,18
2. geleistete Anzahlungen		
181 Anlagen in Entwicklung immat. Vermögensgegenst.	3.612,25	0,00
	23.610,83	**18.363,18**
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände		
2420 Geleistete Anzahlungen	5.000,00	5.000,00
2440 Sonstige Forderungen	25.000,00	0,00
2443 Forderung aus noch nicht weitergeleiteten GR-Zeichnungen	3.555,00	0,00
2444 Forderung aus Zahlungen eCredits	2.819,90	0,00
2523 Vst Par.19 UStG (Reverse Ch.)	101,36	0,00
3500 FA VerrKto Buchungsmitteilung	0,00	2.112,42
3510 FA VerrKto Umsatzsteuer	2.481,57	9.129,04
	38.957,83	16.241,46
II. Guthaben bei Kreditinstituten		
2800 Raiffeisenbank AT35 3303 8000 0401 2100	1.430,95	13.817,33
2810 Oberbank AT92 1500 0043 6104 6578	0,00	30,19
2820 Verrechnungskonto Blocktrade	1,30	0,00
	1.432,25	13.847,52
	40.390,08	**30.088,98**

PASSIVA	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. eingefordertes Grundkapital		
9010 Grundkapital	80.000,00	80.000,00
einbezahltes Grundkapital	80.000,00	80.000,00
II. Genussrechtskapital		
9580 Genussrechtskapital	1.000.000,00	1.000.000,00
9581 nicht eingefordertes nominalles Genussrechtskapital	-988.400,19	-988.812,50
	11.599,81	11.187,50
nominelles Genussrechtskapital		
9580 Genussrechtskapital	1.000.000,00	1.000.000,00
nicht eingeforderte nominelles Genussrechtskapital		
9581 nicht eingefordertes nominalles Genussrechtskapital	-988.400,19	-988.812,50
III. Ergebnisanteil Genussrechtsinhaber		
9497 Genussrechtskonto gem. Punkt 4.4	-15.439,05	-7.779,00
IV. Bilanzverlust		
9391 Jahresverlust	-12.119,93	-25.397,87
9395 Verlustvortrag	-43.370,01	-17.972,14
	-55.489,94	-43.370,01
	20.670,82	**40.038,49**
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. sonstige Rückstellungen		
3100 Rückst. für Beratungskosten	3.000,00	2.200,00
3101 Rückst. für Betreuung Wirtschaftsprüfung	1.730,00	0,00
3104 Rückst. für Wirtschaftsprüfung	5.000,00	5.000,00
	9.730,00	**7.200,00**
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
3300 Verbindl. aus Lief. u. Leist.	30.582,50	1.183,67
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		
3300 Verbindl. aus Lief. u. Leist.	30.582,50	1.183,67
2. sonstige Verbindlichkeiten		
2441 Verrechnungskonto Gründerversammlung (Ops Consivia GmbH)	30,00	30,00
3460 Verrechnungskonto Sebastian Arnezeder	486,23	0,00
3491 VerrKto ARWU GmbH	2.400,00	0,00
3523 SaKto v. LeistEmpf gesch. USt	101,36	0,00
	3.017,59	30,00
davon aus Steuern		
3523 SaKto v. LeistEmpf gesch. USt	101,36	0,00
davon gegenüber Gesellschaftern		
3460 Verrechnungskonto Sebastian Arnezeder	486,23	0,00
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		
2441 Verrechnungskonto Gründerversammlung (Ops Consivia GmbH)	30,00	30,00
3460 Verrechnungskonto Sebastian Arnezeder	486,23	0,00
3491 VerrKto ARWU GmbH	2.400,00	0,00

detaillierte Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
SUMME AKTIVA	**64.000,91**	**48.452,16**

PASSIVA	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
3523 SaKto v. LeistEmpf gesch. USt	101,36	0,00
	3.017,59	30,00
	33.600,09	**1.213,67**
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		
2441 Verrechnungskonto Gründerversammlung (Ops Consivia GmbH)	30,00	30,00
3300 Verbindl. aus Lief. u. Leist.	30.582,50	1.183,67
3460 Verrechnungskonto Sebastian Arnezeder	486,23	0,00
3491 VerrKto ARWU GmbH	2.400,00	0,00
3523 SaKto v. LeistEmpf gesch. USt	101,36	0,00
	33.600,09	1.213,67
SUMME PASSIVA	**64.000,91**	**48.452,16**

detaillierte Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR	2023 EUR
1. Umsatzerlöse		
4020 Erlöse allgemein 20 %	1.666,67	0,00
2. sonstige betriebliche Erträge		
4890 Subventionen u.ähnl. Zuschüsse	975,00	0,00
4898 Zuschuss Internationalisierung v. tokenisierten Wiener Immobilien Investments	50.000,00	0,00
	50.975,00	0,00
3. Abschreibungen		
a. auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens		
7010 Abschreibung Immat. Vermögen	5.400,16	3.250,36
4. sonstige betriebliche Aufwendungen		
Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen fallen		
7165 Sonst.Steuern/Abgaben/Gebühren	803,15	7.406,00
Reise- und Fahrtaufwand		
7341 Reisespesen Unternehmer	1.543,60	1.661,85
Aufwand für Lizenzen		
7490 Lizenzgebühren	6.071,78	1.285,87
Aufwand für Büromaterial		
7610 Druckerzeugnisse und Vervielfältigung	0,00	2.736,50
Nachrichtenaufwand		
7381 Internet / Domain	64,30	0,00
Aufwand für Werbung und Repräsentation		
7650 Werbung	28.733,97	23.741,50
7654 Werbung Online	7.920,71	5.750,00
7655 Werbung Facebook	741,90	0,00
7660 Repräsentationsaufwand	501,78	140,00
7675 Sonstiger Werbeaufwand	27.065,83	121,85
	64.964,19	29.753,35
Rechts- und Beratungsaufwand und Wirtschaftsprüfung		
7750 Rechts- u. Beratungsaufwand	14.286,46	62.342,04
7753 Steuerberatung	7.828,75	9.152,50
7755 Sonst. Beratungsaufwand (Digitaliserungsberatung)	2.950,00	0,00
7758 Prüfungsaufwand	5.000,00	5.000,00
	30.065,21	76.494,54
Spesen des Geldverkehrs		
7790 Spesen des Geldverkehrs	828,14	899,60
Schadensfälle		
7819 Kursverluste	0,00	1,28
diverse betriebliche Aufwendungen		
7850 Centausgleich	-0,19	-0,01
	104.340,18	120.238,98
5. ZWISCHENSUMME AUS Z 1 BIS 4 (BETRIEBSERGEBNIS)	**-57.098,67**	**-123.489,34**

detaillierte Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR	2023 EUR
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
8280 Zinsenaufwand	0,00	0,03
7. ZWISCHENSUMME AUS Z 6 BIS 6 (FINANZERGEBNIS)	**0,00**	**-0,03**
8. ERGEBNIS VOR STEUERN (SUMME AUS Z 5 UND Z 7)	**-57.098,67**	**-123.489,37**
9. Steuern vom Einkommen		
8530 Körperschaftsteuer	3.500,00	3.500,00
10. ERGEBNIS NACH STEUERN	**-60.598,67**	**-126.989,37**
11. JAHRESFEHLBETRAG	**-60.598,67**	**-126.989,37**
12. Auflösung von Kapitalrücklagen		
8720 Auflösung nicht gebundene Kapitalrücklage	40.818,69	93.812,50
13. Ergebnisanteil Genussrechtsinhaber		
8991 Zuweisung Ergebnisanteil Genussrechtsinhaber	7.660,05	7.779,00
14. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		
9395 Verlustvortrag	-43.370,01	-17.972,14
15. BILANZVERLUST	**-55.489,94**	**-43.370,01**

8. Anhang

8.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

8.1.1. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 189 ff des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend der gesetzlichen Regelungen eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden - soweit gesetzlich geboten - berücksichtigt.

8.1.2. Anlagevermögen

8.1.2.1. Immaterielles Anlagevermögen

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert sind.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear vorgenommen.

Folgende Nutzungsdauern wurden den planmäßigen Abschreibungen zugrundegelegt:

	Nutzungsdauer in Jahren
Lizenzen	5
Homepage	5

8.1.3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen wurden mit dem Nennwert, die sonstigen Vermögensgegenstände mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt.

Im Falle erkennbarer Einzelrisken wurde der niedrigere beizulegende Wert angesetzt. Zur Berücksichtigung allgemeiner Kreditrisken wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 0,00 % der nicht einzelwertberichtigten Nettoforderungen gebildet.

8.1.4. Rückstellungen

8.1.4.1. Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach bestmöglicher Schätzung zur Erfüllung der Verpflichtung aufgewendet werden müssen. Sämtliche Rückstellungen haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Anhang
zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

8.1.5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

8.1.6. Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden auch bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten.

8.2. Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

8.2.1. Erläuterungen zur Bilanz

8.2.1.1. Anlagevermögen

Entwicklung

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind im Anlagenspiegel als Beilage zum Anhang dargestellt.

8.2.1.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Aufgliederung:

	Gesamtbetrag EUR	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr EUR
sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	38.957,83	38.957,83
Vorjahr	*16.241,46*	*16.241,46*

8.2.1.3. Genussrechte

Der Gesamtwert aller ausgegebenen und ausstehenden Genussrechte wird als "Genussrechtskapital" bezeichnet. Die Ermittentin verbucht das Genussrechtskapital auf einem spezielen Bilanzkonto (das "Kapitalkonto"). Die Abtrettung erfolgt durch Übertragung des Tokens an eine gewhitelistete Adresse auf der Blockchain. Die Genussrechte stellen nachrangige Verbindlichkeitetn der Emmittentin dar, die im Rang hinter allen anderen bestehnden und zukünftigen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten zurücktreten, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes vorsehen. Die Token haben keine Laufzeit und können gemäß § 6 gekündigt werden. Die Genussrechte lauten auf EUR und sind bis zu 100.000.000 Einzelstücke mit einem Nennwert von je 0,01 EUR aufgeteilt.

Unter Zugrundelegung der vorliegenden Vertragsbedingungen (insbesondere der Kündigungsbestimmungen und der nachrangigen Gläubigerstellung) ist das vorliegende Genussrecht als „Eigenkapital“ nach den UGB-Bestimmungen gemäß der AFRAC Stellungnahme KFS/RL 13 in der Fassung vom 13. Juli 2016 zu qualifizieren.

1.2.1.4. Rückstellungen

Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen:

	Stand 01.01.2024 EUR	Verwendung EUR	Zuweisung EUR	Stand 31.12.2024 EUR
sonstige Rückstellungen				
Rückst. für Beratungskosten	2.200,00	2.200,00	3.000,00	3.000,00
Rückst. für Betreuung Wirtschaftsprüfung	0,00	0,00	1.730,00	1.730,00
Rückst. für Wirtschaftsprüfung	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
	7.200,00	7.200,00	9.730,00	9.730,00

Anhang

zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

8.2.1.4. Verbindlichkeiten

Aufgliederung:

	Gesamtbetrag EUR	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.582,50	30.582,50
Vorjahr	*1.183,67*	*1.183,67*
sonstige Verbindlichkeiten	3.017,59	3.017,59
Vorjahr	*30,00*	*30,00*
davon aus Steuern	101,36	101,36
Vorjahr	*0,00*	*0,00*
davon gegenüber Gesellschaftern	486,23	486,23
Vorjahr	*0,00*	*0,00*
	33.600,09	33.600,09
VORJAHR	*1.213,67*	*1.213,67*

Die Gesellschafter haben sich mit Nachrangigkeits- und Patronatserklärung unwiderruflich und ohne weitere Bedingungen dazu verpflichtet, jederzeit einen notwendigen Geldbetrag als Eigenkapitalzuschuss oder nachrangiges Fremdkapital der Gesellschaft Rocksolid Estate Aktiengesellschaft zur Verfügung zu stellen, um einen potenziell möglichen Reorganisationsbedarf nach Unternehmensreorganisationsgesetz in der aktuellen Fassung oder eine insolvenzrechtliche Überschuldung zu vermeiden. Dies gilt bis August 2026.

Anhang
zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

8.3. Sonstige Angaben
1.3.1. Organe und Arbeitnehmer der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr waren folgende Personen als Vorstand tätig:

Name
Arnezeder Sebastian, geb. 23.10.1993 (VstVors), Vorsitzender vertritt seit 25.11.2022 gemeinsam mit einem anderen Vorstandsmitglied oder gemeinsam mit einem Prokuristen
Wurdinger Bernhard, geb. 29.06.1996 (VstVorsStv), Stellvertreter des Vorsitzenden vertritt seit 25.11.2022 gemeinsam mit einem anderen Vorstandsmitglied oder gemeinsam mit einem Prokuristen

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes beliefen sich auf EUR 0,00.

Im Geschäftsjahr waren folgende Personen als Aufsichtsräte tätig:

Name	Funktion
Mag. Sommer Christian, geb. 21.12.1964	Vorsitzender (ARVors)
Reiter Armin MSc, geb. 26.04.1988	Stellvertreter des Vorsitzenden (ARVVorsStv)
Koch Bernhard, geb. 26.05.1980	Mitglied

An die Aufsichtsratsmitglieder wurden Vergütungen von EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00) bezahlt. An ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrates wurden EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00) ausbezahlt.

Im Geschäftsjahr waren im Durchschnitt 0 Arbeitnehmer (Vorjahr: 0 Arbeitnehmer) beschäftigt.

21.08.2025

Datum, Sebastian Arnezeder

21.08.2025

Datum, Bernhard Wurdinger

Entwicklung des Anlagevermögens
für das Geschäftsjahr vom
1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024

	Anschaffungs-/Herstellungskosten					kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 01.01.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand 31.12.2024 EUR	Stand 01.01.2024 EUR	Abschreibungen EUR	Zuschreibungen EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2024 EUR	Stand 01.01.2024 EUR	Stand 31.12.2024 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Lizenzen	**22.603,54**	**7.035,56**	**0,00**	**0,00**	**29.639,10**	**4.240,36**	**5.400,16**	**0,00**	**0,00**	**9.640,52**	**18.363,18**	**19.998,58**

KAMMER DER STEUERBERATER:INNEN UND WIRTSCHAFTSPRÜFER:INNEN

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Zur Verfügung gestellt vom Vorstand der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer", zum anderen „Auftraggeber" genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I.TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:
a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nicht- prüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDASVO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftragnehmer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen sind oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, un- beschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt. 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beendigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderlicheMitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der AuftragnehmerAnspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder untunlich, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragsnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstelle und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

© Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, 1100 Wien